

# Antrag Nr. A019/2020

## Fraktion

Freie Wähler – Mannheimer Liste / Mittelstand für Mannheim



Freie Wähler – ML / MfM • E 5 • 68159 Mannheim

Oberbürgermeister  
der Stadt Mannheim  
Herrn Dr. Peter Kurz  
Rathaus E 5  
68159 Mannheim

<b>Der Oberbürgermeister</b> FB Demokratie und Strategie Eingang: Antrag/Anfrage  <b>03. Feb. 2020</b>	
Federführendes Dezernat: 	Mitzeichnende/s Dezernat/e:

**Prof. Dr. Achim Weizel**  
Fraktionsvorsitzender  
**Holger Schmid**  
stellv. Fraktionsvorsitzender  
**Christopher Probst**  
Stadtrat  
**Wolfgang Taubert**  
Stadtrat  
**Roland Weiß**  
Stadtrat

02. Februar 2020

### Antrag zur Sitzung des Gemeinderates am 4. Februar 2020

#### Moratorium beim Ausbau von 5G-Sendemasten im Stadtgebiet

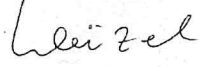
Der Gemeinderat möge beschließen:

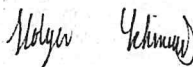
- 1) Die Verwaltung erstellt ein Standortkonzept für Mobilfunksendemast-Anlagen.
- 2) Bis zur Erstellung eines Standortkonzeptes werden keine Genehmigungen für die Errichtung von 5G-Sendemasten erteilt
- 3) Die Verwaltung stellt dar, weshalb das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG) bezüglich der Erstellung einer Standortplanung für Mannheim keine Gültigkeit besitzt.
- 4) Die Verwaltung informiert über die Bedenken der Städte im europäischen Raum bezüglich der Gesundheitsrisiken im Zusammenhang mit dem Aufbau eines 5G-Netzes.
- 5) Die Verwaltung erläutert die Gründe für die verwaltungsinterne Ablehnung der Standortauswahl in Seckenheim und der Bedenken des Landratsamtes Rhein-Neckar.


#### Begründung:

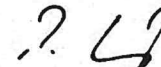
Die Errichtung des Funkmastes bei Seckenheim für den Ausbau des 5G-Netzes hat zu erheblichen Irritationen und Verärgerung in weiten Kreisen der Bevölkerung geführt. Es ist der Verwaltung nicht gelungen, ihre Zustimmung zur Errichtung nachvollziehbar darzulegen. Auch die Ablehnung zur Erstellung einer Gesamtkonzeption für die Errichtung von Funkmasten ist durch die Rechtsprechung des BVerwG nicht gedeckt. Das BVerwG hat in seinem Urteil 4C1/11 vom 30.08.2012 festgestellt: „Den Gemeinden steht es frei, die Städtebaupolitik zu betreiben, die ihren städtebaulichen Ordnungsvorstellungen entspricht (...) Sie dürfen Standortplanung auch dann betreiben, wenn bauliche Anlagen nach den maßgeblichen immissionsschutzrechtlichen Maßstäben – hier den Grenzwert der 26. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchV) – unbedenklich sind. „

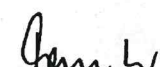
Mit freundlichen Grüßen

  
Prof. Dr. A. Weizel  
Vorsitzender

  
H. Schmid  
stellv. Vorsitz.

  
C. Probst  
Stadtrat

  
R. Weiß  
Stadtrat

  
W. Taubert  
Stadtrat

**Fraktionsgeschäftsstelle: Freie Wähler – ML / MfM** • Rathaus E 5 • 68159 Mannheim  
Christiane Busenbender (Leiterin Fraktionsgeschäftsstelle) • Tel. 0621 / 293 - 9402 • Fax 0621 / 293 - 9876  
E-Mail: ml@mannheim.de • Web: www.MannheimerListe.de

**Roland Weiß (Fraktionsgeschäftsführer)** • Mobil: 0172 / 73 90 777